

Briefe

Wir wollen keine Almosen

**Für ein bisschen mehr Italienisch;
BaZ 30.11.12**

Berichtet wird über die Gründung eines Forums zum Schutz der italienischen Sprache. Nicht erwähnt ist die Tagung vom 16./17. November 2012 in Basel, die vom Institut für Italianistik der Uni Basel und von der Associazione svizzera per i rapporti culturali ed economici con l'Italia über italienische Sprache («Italienisch in der Schweiz: Luxus oder Notwendigkeit») organisiert wurde.

Wir wollen keine Almosen («ein bisschen mehr Italienisch») sondern die Einhaltung der Verfassungsbestimmungen, die Italienisch als National- und Amtssprache bestimmen (Art. 4, 17 und 70 der Bundesverfassung) und die Be-

rücksichtigung der verschiedenen Landesgegenden und Sprachregionen bei der Wahl der Mitglieder des Bundesrats (Art. 175 Abs. 4, Bundesverfassung).

Wie verhält es sich im Alltag? Mangels Simultanübersetzung müssen sich italophone Parlamentarier, wollen sie Gehör finden, auf Deutsch oder Französisch ausdrücken. Vermehrt verdrängt Englisch (weder Amts- noch Nationalsprache), das Italienische und Französische. Im Internet präsentieren sich die Universitäten und sogar die ETH deutsch und englisch. Auf der Willkommenstafel des Zürcher Flughafens sucht man vergeblich, neben Begrüssungen in unzähligen Sprachen, den italienischen Text. Das Sprachenprogramm der Volkshochschule beider Basel druckt die Informationen zu den Sprachkursen und «Allgemeine Geschäftsbedingungen» nur auf Deutsch und Englisch. Trotz interkantonalen Vereinbarungen weigern sich einige Kantone (auch BS) Italienisch als Maturafach anzubieten.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Einführung der «Sprachartikel» in der Bundesverfassung von 1848 als Garantie für den Zusammenhalt des Landes galt und somit fester Bestandteil der schweizerischen Identität ist.

Carlo Alberto Di Bisceglia, Binningen